



Auf Einladung des Unternehmensverbandes Cuxhaven (UVC) sprach Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer in Cuxhaven über **wirtschaftliche und soziale Weichenstellungen**.
Foto: Koppe

BDA-Chef sieht hausgemachte Probleme

Arbeitgeberpräsident Kramer sprach beim UVC

KREIS CUXHAVEN. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sorgt sich um die mittelfristige Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Vor Mitgliedern und Gästen des Unternehmensverbandes Cuxhaven (UVC) richtete der gebürtige Bremerhavener in der zurückliegenden Woche den Blick in die Zukunft. Wenn es darum geht, das Land fit für 2030 zu machen, muss sich seiner Auffassung nach vor allem die Politik bewegen.

Viele Probleme seien „hausgemacht“, lautete die gute Nachricht am Ende von Kramers 45-minütiger Bestandsaufnahme. Der darin implizierte Appell, aus eigener Kraft etwas zu verändern, war vor allem an die Regierenden in Berlin adressiert: Zu träge, so Kramers Vorwurf, sei die in Regularien verliebte Legislative, um tatsächlich mit den voranschreitenden technischen Entwicklungen Schritt halten zu können. „Politik muss Ziele vorgeben“, räumte der BDA-Chef ein. „Aber sie sollte sich tunlichst davon fernhalten, den Weg definieren zu wollen, wie diese Ziele erreicht werden.“ Diese Aufgabe solle viel eher den „stillen Champions“, mit anderen Worten der als Leistungsträger bekannten Wirtschaft

überlassen bleiben. Denn: Bund und Länderparlamente sind nach Kramers Auffassung an der Macher-Rolle gescheitert. „Die Bildung ist nicht auf dem Level, auf welchem sie in einem Land wie Deutschland sein müsste“, kritisierte der Arbeitgeberpräsident, der ähnliche Defizite im Infrastruktur-Bereich, nämlich beim Breitbandausbau, beim Zustand der Autobahnen und des Bahnverkehrs zu erkennen glaubt. Diejenigen, die vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Wettbewerbslage nach staatlicher Einflussnahme rufen, sieht Kramer – übrigens ein glühender Verfechter eines geeinten Europas – auf einem gefährlichen Holzweg. „Mehr Regulierung ist der Todfeind der wirtschaftlichen Entwicklung“, betonte der 66-Jährige. Das EuGH-Urteil zur Arbeitszeiterfassung nannte er rückwärtsgerichtet, ebenso klar äußerte er sich gegen eine sich in Kollektivierungsgedanken ausdrückende Renaissance linker Doktrin. „Wir brauchen ein Fachkräftezuwanderungsgesetz“, betonte der Liberale mit Blick auf den Arbeitsmarkt kommender Jahrzehnte. Den „Brexit“ nennt Kramer unverantwortlich. Vehement wandte er sich gegen neue Nationalstaaterei und rechte Populisten.